

Presseinformation

162/2011

Kiel, 11. Mai 2011

Ellen Streitbörgen zu den Geldbußen für streikende Schulleiter: „Die Verantwortung für die Streiks trägt der Minister.“

Kiel. DIE LINKE fordert die Anpassung des Streikrechts gemäß der Empfehlungen der ILO und der Europäischen Menschenrechtskonvention. Diese billigt das Streikrecht all denjenigen Werkstätigen zu, die in Berufen arbeiten, in denen sowohl Verbeamtete als auch Angestellte die gleiche Arbeit verüben.

„Das Urteil des Verwaltungsgerichts Düsseldorf hat bereits gezeigt, dass die Gutsherrenmentalität, mit der die Untergebenen in Schach gehalten werden, nicht mehr zeitgemäß ist“, sagt Ellen Streitbörgen, bildungspolitische Sprecherin der LINKEN Landtagsfraktion. „Dr. Klug verbreitet Angst und Schrecken, um weiteren Protesten vorzubeugen, wie die aktuellen Pressemeldungen über die Bußgelder für SchulleiterInnen zeigen.“

Die unverhältnismäßige Höhe der Bußgelder begründet das Ministerium mit der Verantwortung von Führungskräften. „Für sich selbst und sein Ministerium nimmt Minister Klug hingegen in Anspruch, verantwortungslos handeln zu können. Er tut nichts gegen die sich stetig verschlechternden Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte“, so Streitbörgen weiter.

In den aktuellen Studien zur Gesundheit der Beschäftigten im Schleswig-Holstein werde dies mehr als deutlich belegt. „Burn-out gehört zum Alltag unserer Lehrkräfte, das können wir nicht akzeptieren. Der Dienstherr muss zur Verantwortung gezogen werden und umgehend ein Konzept zur Entlastung der Lehrkräfte entwickelt werden. DIE LINKE wird sich auch weiterhin dafür einsetzen, dass die Pflichtstunden heruntergesetzt werden, Salutogenesefaktoren erfüllt werden und ausreichend Personal in Form von Lehrkräften, Schulsozialarbeitern und Schulpsychologen in den Schulen eingesetzt wird“, so Streitbörgen abschließend.